

# Frau Bundeskanzlerin

# Ergebnisse aus der Meinungsforschung

Wochenbericht KW 1 06.01.2017

forsa	Emnid	GMS	infratest dimap	
Wähleranteile:	Union 2	zwischen 38 % un	d 36 %, SPD zwischen 22 % und 20 %	
Wirtschaft:	Pessimistische Erwartungen überwiegen			
Weltpolitische Lag	,	Sorge um den Weltfrieden wächst Lage in Syrien wird als größte Bedrohung wahrgenommen		
Wichtigstes Them	a: Flüchtl	ingsströme/Europ	päische Einwanderungspolitik	

#### Wähleranteile

Angaben in Prozent

	<b>forsa¹</b> für RTL/stern	Emnid <sup>2</sup> für BamS	GMS <sup>3</sup>	infratest dimap <sup>4</sup> für ARD
CDU/CSU	37 (-1)	38 (+2)	36 (+3)	37 (+2)
SPD	21 (+1)	22 (+1)	20 (-2)	20 (-2)
FDP	6 (+1)	5 (-1)	7 (-)	5 (-)
DIE LINKE	9 (-)	9 (-1)	10 (-1)	9 (-)
B'90/Grüne	10 (-)	10 (-)	10 (-1)	9 (-2)
AfD	12 (-)	12 (-1)	13 (+1)	15 (+2)
Sonstige	5 (-1)	4 (-)	4 (-)	5 (-)
Erhebungszeitraum	2730.12.	0305.01.	28.12.16- 04.01.17	0204.01.

Die Union liegt bei infratest dimap 17 (+4), bei forsa 16 (-2), bei Emnid 16 (+1) und bei GMS 16 (+5) Prozent-punkte vor der SPD.

Die Union liegt bei Emnid bei 38 %. Dies ist der höchste Wert seit Januar 2016. Die Grünen liegen bei infratest dimap bei 9 %. Dies ist der niedrigste Wert seit Mai 2015.

## Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> <sup>5</sup> für RTL/stern	
Merkel	51 (-1)	
Gabriel	14 (+1)	
Erhebungszeitraum	2730.12.	

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 37 (-2) Prozentpunkte vor Sigmar Gabriel.

89 % (-1) der CDU-Anhänger präferieren Merkel und 1 % (-1) Gabriel. Von den CSU-Anhängern würden sich 72 % (-1) für Merkel und 5 % (-3) für Gabriel entscheiden.

39 % (+3) der SPD-Anhänger präferieren Gabriel und 36 % (-2) Merkel.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> im Vergleich zur KW 52/2016 (kein Wochenbericht erstellt)

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (08.01.2017)

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> im Vergleich zur KW 44/2016

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> im Vergleich zum letzten ARD-DeutschlandTREND / KW 49/2016

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> im Vergleich zur KW 52/2016 (kein Wochenbericht erstellt)

# Problemlösungskompetenz

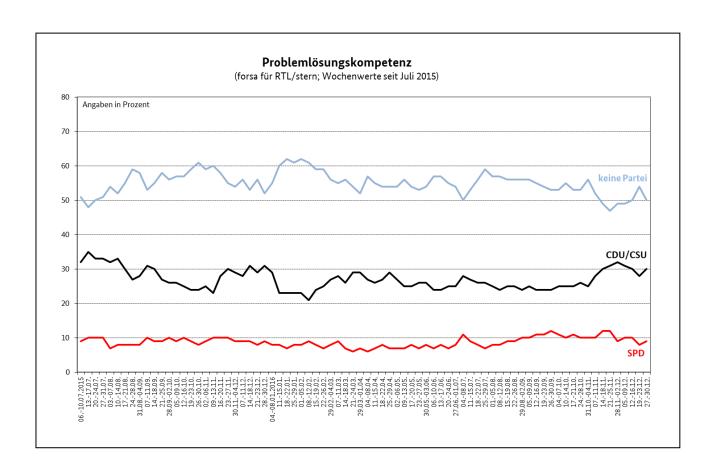
Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> <sup>6</sup> für RTL/stern	
CDU/CSU	30	(+2)
SPD	9	(+1)
sonstige Parteien	11	(+1)
keine Partei	50	(-4)
Erhebungszeitraum	2730.12.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 21 (+1) Prozentpunkte vor der SPD.

Jeder Zweite (-4) traut die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

71 % (+6) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 37 % (+5) von ihrer Partei.



<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> im Vergleich zur KW 52/2016 (kein Wochenbericht erstellt)

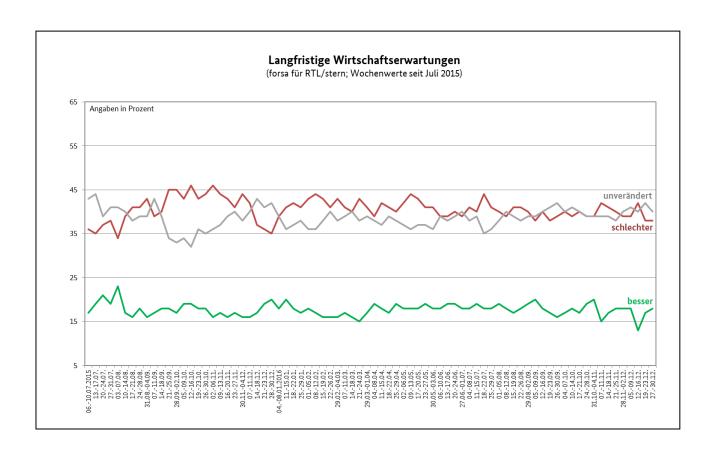
# Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	<b>forsa<sup>7</sup></b> für RTL/stern	
besser	18 (+1)	
schlechter	38 (-)	
unverändert	40 (-2)	
Erhebungszeitraum	2730.12.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche so gut wie nicht verändert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt gleichwohl um 20 (-1) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



<sup>&</sup>lt;sup>7</sup> im Vergleich zur KW 52/2016 (kein Wochenbericht erstellt)

#### Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 50/2016

7 8			
	<b>forsa</b> für BPA		
sehr große	16	(+3)	
große	49	(+3)	
wenig	28	(-3)	
keine	6	(-3)	
Erhebungszeitraum	2730.12.		

Geringverdiener (71 %) sowie Anhänger der Linkspartei (75 %) und der AfD (70 %) machen sich überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden. Frauen machen sich häufiger (sehr) große Sorgen als Männer (75 % zu 55 %).

Ostdeutsche (39 %) sowie Anhänger der FDP (51 %) und der Union (39 %) machen sich überdurchschnittlich häufig weniger bzw. gar keine Sorgen.

# Von welcher weltweiten Krise droht Deutschland aktuell die größte Gefahr?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 50/2016

	fors für Bl	
Syrien	20	(+2)
Krieg/Terrorismus allgemein	13	(+6)
Naher Osten, arabische Länder	12	(+1)
USA	10	(-5)
Asylbewerber, Flüchtlinge	10	(-)
Russland	9	(-2)
Islamischer Staat (IS)	9	(+2)
Türkei	7	(-1)
Religion, religiöse Krisen/Kriege allgemein	5	(+1)
Ukraine	5	(-1)
Erhebungszeitraum	2730	).12.

Nach Meinung der Bundesbürger droht von der Lage in Syrien die größte Gefahr für Deutschland.

Anhänger der Linkspartei (28 %), der Grünen (27 %) und der FDP (25 %) nennen die <u>Lage in Syrien</u> überdurchschnittlich häufig als größte Gefahrenquelle für Deutschland. Gutverdiener nennen das Thema häufiger als Geringverdiener (25 % zu 16 %).

Unter 30-Jährige nennen überdurchschnittlich oft <u>Kriege und Terrorismus allgemein</u> (20 %) sowie die <u>Situation in den USA</u> (17 %) als große Gefahren für Deutschland.

Für Personen mit einfacher formaler Bildung (19 %) und Geringverdiener (17 %) droht von der <u>Flüchtlingssituation</u> die größte Gefahr für Deutschland.

#### Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 50/2016

	<b>forsa</b> für BPA	
sollte mehr Verant- wortung übernehmen	37 (+3)	
sollte weniger Verant- wortung übernehmen	9 (-)	
Deutschland tut bereits genug	51 (-5)	
Erhebungszeitraum	2730.12.	

Unter 30-Jährige (50 %) und Personen mit hoher formaler Bildung (42 %) sowie Anhänger der Grünen (52 %), der Linkspartei (48 %), der SPD und der FDP (jew. 43 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind Anhänger der AfD (31 %) überdurchschnittlich oft der Ansicht, dass Deutschland <u>weniger</u> <u>Verantwortung</u> übernehmen sollte.

Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (58 %), Frauen (56 %) sowie Anhänger der Union (59 %) meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland <u>bereits genug</u> tut.

### Rolle Deutschlands in der EU

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 50/2016

	<b>forsa</b> für BPA	
nimmt zu viel		
Rücksicht auf andere	40 (+2)	
EU-Mitgliedstaaten		
nimmt zu wenig		
Rücksicht auf andere	14 (-1)	
EU-Mitgliedstaaten		
verhält sich alles in allem	40 (-2)	
genau richtig	40 (-2)	
Erhebungszeitraum	2730.12.	

Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (45 %) sowie Anhänger der AfD (60 %) und der FDP (51 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland <u>zu viel Rücksicht</u> auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Linkspartei (35 %) sind hingegen überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Unter 30-Jährige (51 %) sowie Anhänger der Grünen (56 %) und der Union (52 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.

# Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infra dim <sup>für B</sup>	ар
Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik	22	(-2)
Anschlag am Breitscheidplatz in Berlin	16	(-6)
Terroranschläge in der Türkei	11	(+11)
Silvesternacht in Köln, Bewertung und Diskussion des Polizeieinsatzes	10	(+10)
Kriege, Unruhen, Terror in der Welt allgemein	9	(+3)
Ausländer in Deutschland, Zuwanderungs-, Asylpolitik	8	(+2)
Innere Sicherheit, Kriminalität, Bekämpfung Terrorismus	7	(+5)
US-Präsidentschaft Donald Trump, Wahl in den USA	7	(-3)
Erhebungszeitraum	0304	4.01.

Die Bundesbürger beschäftigen sich in dieser Woche am meisten mit den Flüchtlingsströmen bzw. der europäischen Einwanderungspolitik. Überdurchschnittlich häufig sehen Personen mit mittlerem Einkommen (28 %), über 65-Jährige (27 %) sowie Anhänger der AfD (32 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche an. Personen mit hoher formaler Bildung (17 %) und Anhänger der Grünen (7 %) nennen es unterdurchschnittlich oft.

